
FDP Bad Vilbel

BAD VILBEL – BUNDESFÖRDERUNG FÜR TEILHABE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

06.03.2023

Bad Vilbel erhält eine Förderung aus dem Zukunftspaket für Kinder und Jugendliche des Bundes!

"Krise hin oder her, die Jüngsten unter uns haben ihre Bedürfnisse, die wir aufgreifen müssen, das Zukunftspaket schafft Abhilfe für die Zeit mit wenig sozialen Kontakten. Ich freue mich, dass die jungen Menschen in meinem Wahlkreis durch den Bund bei der Freizeitgestaltung vor Ort unterstützt werden", so der FDP Bundestagsabgeordnete Peter Heidt aus Bad Nauheim.

Er begrüßt das Vorhaben ausdrücklich und ist ebenfalls davon überzeugt, dass das "Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit" einen großen Beitrag zur Förderung der körperlichen und geistigen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Wetteraukreis leisten wird.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat der Stadt Bad Vilbel im Rahmen Ihres Programms "Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit" eine Fördersumme von 149.513,00 Euro für das Jahr 2023 bewilligt. Hierfür habe sich insbesondere die FDP Bundestagsfraktion eingesetzt, so Peter Heidt aus Berlin.

Das Zukunftspaket stellt Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt und gibt ihnen Raum für Beteiligung und Engagement. Ziel ist es, junge Menschen zu einer aktiven Gestaltung ihrer Umwelt zu befähigen. Sie können eigene Projektideen umsetzen oder an Aktivitäten teilnehmen, die von lokalen Organisationen oder Kommunen angeboten werden. Dabei stehen die direkte Teilhabe und konkrete Mitsprache im Zentrum des Bundesprogramms. Das Zukunftspaket soll nach dem politischen Willen der Koalitionäre in der Bundesregierung somit nicht nur die körperliche Gesundheit fördern, sondern auch die persönliche Entwicklung und das soziale Miteinander stärken. Antragsberechtigt ist jedes

Kind und jeder Jugendliche, der sich gemeinsam mit einem Träger bewirbt oder der Träger organisiert ein eigenes Projekt, an dem die Jugendlichen aktiv beteiligt sind. Zusätzlich unterstützen niedrigschwellige Betreuungs- und Beratungsangebote den Antrag und die Projektumsetzung.

Für die heimische FDP ist diese Entscheidung aus Berlin ein Zeichen, dass sich die Liberalen auch in der Bundespolitik in sozialpolitischen Fragen sehr stark engagieren. „Jetzt ist die Stadt Bad Vilbel gefragt, wir freie Demokraten fordern die hiesige Koalition auf, alle Interessierten auch in die Entwicklung und Bearbeitung mit einzubeziehen. Es ist doch schon wieder typisch, dass in der Presseerklärung der Stadt nur etwas vom Hauptamtlichen Magistrat steht. FDP und Grüne sollen wieder vor Ort ausgeschlossen werden, obwohl wir das Geld in Berlin geholt haben,“ so der FDP Parteivorsitzende Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn, der auch Mitglied des ehrenamtlichen Magistrats ist.